

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Verfahrensrecht: Übergang von Zusammenveranlagung zu Einzelveranlagung während eines Klageverfahrens**
Beschluss vom 25.10.2023, Az: I R 38/20
2. **Erbschaftsteuer: Besteuerung eines betagten Vermächnisses bei Berliner Testament**
Urteil vom 11.10.2023, Az: II R 34/20
3. **Einkommensteuer: Teleologische Reduktion des § 3c Abs. 2 EStG bei Zinszahlungen auf „unternehmensgruppeninterne“ Darlehen**
Urteil vom 16.11.2023, Az: IV R 26/20
4. **Umsatzsteuer: Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Konkursverwalters**
Beschluss vom 23.11.2023, Az: V R 3/22
5. **Einkommensteuer: Gewinn aus der marktüblichen Veräußerung einer Mitarbeiterbeteiligung ist kein Arbeitslohn**
Urteil vom 14.12.2023, Az: VI R 1/21
6. **Schenkungsteuer: Kein Werbungskostenabzug für Prozesskosten zur Erlangung nachehelichen Unterhalts**
Urteil vom 18.10.2023, Az: X R 7/20
7. **Umsatzsteuer: Steuerbarkeit, Steuerpflicht und Steuersatz bei Lieferung von herrenlosen Tieren aus dem Ausland**
Beschluss vom 18.10.2023, Az: XI R 4/20

Urteile und Beschlüsse:

1. **Verfahrensrecht: Übergang von Zusammenveranlagung zu Einzelveranlagung während eines Klageverfahrens**
Beschluss vom 25.10.2023, Az: I R 38/20
Wird ein Zusammenveranlagungsbescheid während des Klageverfahrens aufgehoben und werden stattdessen Einzelveranlagungsbescheide erlassen, dann werden diese nicht gemäß § 68 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung zum Gegenstand des Klageverfahrens.

2. Erbschaftsteuer: Besteuerung eines betagten Vermächtnisses bei Berliner Testament

Urteil vom 11.10.2023, Az: II R 34/20

1. Setzen Ehegatten in einem sogenannten Berliner Testament sich gegenseitig als Alleinerben ein und gewähren denjenigen Kindern ein betagtes Vermächtnis, die beim Tod des Erstversterbenden ihren Pflichtteil nicht fordern (sogenannte Jastrowsche Klausel), kann der überlebende Ehegatte als Erbe des erstversterbenden Ehegatten die Vermächtnisverbindlichkeit nicht als Nachlassverbindlichkeit in Abzug bringen, da das Vermächtnis noch nicht fällig ist.

2. Das Kind hat den Erwerb des betagten Vermächtnisses bei dem Tod des überlebenden Ehegatten als von diesem stammend zu versteuern. Ist es zugleich Erbe des zuletzt verstorbenen Ehegatten, kann es das Vermächtnis als Nachlassverbindlichkeit in Abzug bringen.

3. Einkommensteuer: Teleologische Reduktion des § 3c Abs. 2 EStG bei Zinszahlungen auf „unternehmensgruppeninterne“ Darlehen

Urteil vom 16.11.2023, Az: IV R 26/20

1. § 3c Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) findet im Wege teleologischer Reduktion in dem Umfang auf Betriebsausgaben der Gesamthand keine Anwendung, wie diese Sondervergütungen der Gesellschafter sind (Bestätigung von BFH-Urteil vom 06.02.2020 - IV R 5/18, BFHE 268, 199, BStBl II 2020, 448). Entsprechendes gilt für Sonderbetriebsausgaben des (Sonder-)Mitunternehmers, die Gesamthandseinkünfte der Gesellschaft sind. Maßgebend ist insoweit eine auf den Gesamtgewinn der Mitunternehmerschaft bezogene Betrachtung.

2. Bei mehrstöckigen Personengesellschaften oder Organschaften bleibt es bei der auf den Gesamtgewinn der konkreten Mitunternehmerschaft bezogenen Betrachtung des § 3c Abs. 2 EStG.

4. Umsatzsteuer: Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Konkursverwalters

Beschluss vom 23.11.2023, Az: V R 3/22

Hat der Gemeinschuldner seine unternehmerische Tätigkeit bereits vor der Eröffnung des Konkursverfahrens eingestellt, ist über den Vorsteuerabzug aus der Leistung des Konkursverwalters nach der früheren unternehmerischen Tätigkeit des Gemeinschuldners zu entscheiden. Fehlt es an einer auf den Unternehmenserhalt gerichteten Unternehmensfortführung, ist es unerheblich, wenn es im Konkursverfahren auf dem Weg zur Liquidation zu vorübergehenden Vermietungen kommt.

5. Einkommensteuer: Gewinn aus der marktüblichen Veräußerung einer Mitarbeiterbeteiligung ist kein Arbeitslohn

Urteil vom 14.12.2023, Az: VI R 1/21

1. Der Gewinn (Differenz zwischen [Rück-]Kaufpreis und Anschaffungskosten) aus der marktüblichen Veräußerung einer Mitarbeiterbeteiligung ist kein lohnsteuerbarer

Vorteil, auch wenn der Arbeitnehmer die Beteiligung an seinem Arbeitgeber zuvor verbilligt erworben hat.

2. Ein lohnsteuerbarer Vorteil kann nur insoweit vorliegen, als der Arbeitnehmer aus der Veräußerung der Mitarbeiterbeteiligung einen durch das Arbeitsverhältnis veranlassten marktüblichen Überpreis erzielt.

6. Schenkungsteuer: Kein Werbungskostenabzug für Prozesskosten zur Erlangung nahehelichen Unterhalts

Urteil vom 18.10.2023, Az: X R 7/20

1. Prozesskosten zur Erlangung nahehelichen Unterhalts sind privat veranlasst und stellen keine (vorweggenommenen) Werbungskosten bei späteren Unterhaltseinkünften im Sinne des § 22 Nr. 1a des Einkommensteuergesetzes (EStG) dar.

2. Erst der mit Zustimmung des Empfängers gestellte Antrag des Gebers gemäß § 10 Abs. 1a Satz 1 Nr. 1 EStG bewirkt eine Umqualifizierung der Unterhaltsleistungen zu Sonderausgaben beim Geber und steuerbaren Einkünften beim Empfänger und überführt sie rechtsgestaltend in den steuerrechtlich relevanten Bereich.

3. Die Umqualifizierung markiert die zeitliche Grenze für das Vorliegen abzugsfähiger Erwerbsaufwendungen; zuvor verursachte Aufwendungen des Unterhaltsempfängers können keine Werbungskosten darstellen.

7. Umsatzsteuer: Steuerbarkeit, Steuerpflicht und Steuersatz bei Lieferung von herrenlosen Tieren aus dem Ausland

Beschluss vom 18.10.2023, Az: XI R 4/20

Die Lieferung von herrenlosen Tieren, die aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gebracht worden sind, kann dem ermäßigten Steuersatz des § 12 Abs. 2 Nr. 8 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes unterliegen, wenn die herrenlosen Tiere einerseits und die von gewerblichen Tierhändlern, die dem Regelsteuersatz unterliegen, gehandelten Tiere andererseits nicht gleichartig sind (und daher kein Wettbewerb besteht).